



Pressemitteilung der Gewerkschaft der Polizei vom 13.06.2007

Polizeidienst eignet sich nicht zum Ehrenamt!

Antwort auf FDP-Anfrage ergibt: Freizeitmusiker belasten den Landesetat!

Nach einem Bericht in der „Stuttgarter Zeitung“ hat das Innenministerium jetzt dem Polizeisprecher der FDP-Landtagsfraktion, MdL Hagen Kluck, auf dessen Anfrage mitgeteilt, dass das Land ca. 100.000 Euro im Jahr (davon 71.487,88 € Personalkosten) für Menschen ausgibt, die als „Polizeifreiwillige“ einzelne „Freizeitmusikkapellen der Polizei“ im Land verstärken. Dass diese Freizeitmusiker für die Imagepflege im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Polizei Positives leisten, soll hier ausdrücklich betont werden. Öffentliche Mittel dürfen dafür nach Ansicht der GdP aber nicht eingesetzt werden.

„Wer in seiner Freizeit in einer (Freizeit-)Musikkapelle der Polizei seinem Hobby frönt, der braucht dafür kein Geld vom Land, auch wenn der dazu eine grüne Uniform anzieht. Dafür haben wir nach unserer Ansicht zu Recht im Land ein Profi-Polizeimusikkorps“, erklärte der GdP-Landesvorsitzende Josef Schneider, heute in Stuttgart.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist seit der Errichtung gegen die Institution des Freiwilligen Polizeidienstes. Aus guten Gründen, die wir in der Vergangenheit (fast) bei jeder Gelegenheit vorgetragen haben. Neben rechtlichen Bedenken haben wir auch immer auf die für den Freiwilligen Polizeidienst im Landeshaushalt eingestellten Mittel hingewiesen. Unser Ansinnen, den Freiwilligen Polizeidienst aufzulösen oder durch Verzicht auf Neueinstellungen „auslaufen zu lassen“, wurde von allen CDU-Innenministern immer wieder zurück gewiesen. Mit jährlich 100.000 € könnten mindestens 4 zusätzliche Ausbildungsstellen für die Polizei finanziert werden. Damit hätten 4 junge Menschen die Chance auf eine dauerhafte Beschäftigung.

„Wir hoffen deshalb, dass die Anfrage von Herrn MdL Kluck nicht als „verspäteter Aprilscherz“ eingestuft wird. Im Gegenteil: Wir fordern Herrn Kluck auf, weiter die Abschaffung des Freiwilligen Polizeidienstes zu betreiben. Denn dazu gäbe es im Landtag eine Mehrheit, so der GdP-Landesvorsitzende. „Wo Polizei drauf steht, muss auch Polizei drin sein.“

Herausgeber:
Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Baden-Württemberg
Maybachstr. 2
71735 Eberdingen-Hochdorf

Rufnummer für Rückfragen:
Josef Schneider, Landesvorsitzender, Tel. 0171/4669911